

»Wer nicht für die Ungeborenen schreit...«

»Gott ist ein Freund des Lebens« haben katholische und evangelische Kirche 1989 ihre gemeinsame Denkschrift zum Thema Lebensschutz überschrieben. Doch sind die Kirchen ebenfalls »Freundinnen« des Lebens? Marcus Mockler, Reporter der Evangelischen Nachrichtenagentur idea, zeigt im folgenden Beitrag, wie sehr sich protestantische und katholische Amtsträger in jüngster Zeit der Lebensrechtsbewegung angenähert haben. Ein Schulterschluss scheint in nicht allzu ferner Zeit trotz noch bestehender Gräben möglich.

Von Marcus Mockler

Solche Sätze zum Thema Abtreibung hört man selten: »Gott will uns ja segnen, aber wir weisen diesen Segen ab. Im schlimmsten Fall bringen wir ihn um ... Stellen Sie sich

unsere Reaktionen vor, wenn ein Diktator jährlich 130.000 Kinder vertreiben oder sogar in die Todeskammer schicken würde.« Ungeborene seien in Deutschland »in unheimlicher Weise ungeschützt«.

Diese Worte stammen von keinem Papst und keinem katholischen Bischof, sondern von einer der höchsten Repräsentantinnen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD): Gudrun Lindner (Weißbach/Erzgebirge), Präsidentin der sächsischen Landessynode und Mitglied im Leitungsgremium der EKD, dem Rat. Sie sprach diese Worte im November 2004 vor der EKD-Synode in Magdeburg. Und sie ergänzte, angesichts der Millionen Abtreibungen in den vergangenen Jahrzehnten könne sie nur an das Stuttgarter Schuldbekennnis denken, in dem die Evangelische Kirche in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ihr Versagen während des Nationalsozialismus bekannt hatte.

EIN BISCHOF DENKT UM

Eine so klare Sicht vom Unrecht der Tötung ungeborener Kinder und vom Ausmaß der Abtreibungen ist bei leitenden Protestanten in Deutschland (noch) die Ausnahme. Aber der Wind dreht sich. Die abtreibungskritischen Stellungnahmen nehmen seit Jahren zu. Während sich in den 90er Jahren evangelische Bischöfe und Synodalpräsidenten nur gequält kritisch zu diesem Thema äußerten, wenn evangelikale Journalisten danach fragten, sieht die Situation inzwischen ganz anders aus. Führende Repräsentanten bringen das Thema von sich aus auf den Tisch – immer häufiger und immer klarer. Bezeichnend ist hier der Gesinnungswandel beim Ratsvorsitzenden der



REIDER MEDIENAGENTUR

EKD, dem Berliner Bischof Wolfgang Huber. Der evangelische Theologieprofessor aus Heidelberg kommt ursprünglich aus der eher sozialistischen Ecke und wollte noch 1993 für die SPD ein Bundestagsmandat erringen. Kurz darauf berief ihn die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg (die inzwischen mit der kleinen Evangelischen Kirche der Schlesischen Oberlausitz fusioniert ist) ins Bischofsamt. Seitdem hat Huber einen klareren Blick für die Anliegen der Kon-



ARCHIV

Bischof Wolfgang Huber

servativen – sowohl beim Thema Mission als auch beim Lebensschutz. Seine Stellungnahmen haben an Profil gewonnen. So forderte er bei der jüngsten Eröffnung der ökumenischen »Woche für das Leben«, dass »den gesetzlich ermöglichten Spätabtreibungen ein Ende gemacht wird«. Es kennzeichnet Huber auch, dass er offen bekennt, in dieser Frage dazugelernt zu haben.

NEUE TÖNE IM PROTESTANTISMUS

Die Kommentare von Gudrun Lindner und Wolfgang Huber stehen im Raum der EKD nicht isoliert. Es hat von verschiedenen Seiten in jüngerer Zeit viele abtreibungskritische Äußerungen gegeben. Die Bischöfin der größten deutschen Landeskirche, Margot Käßmann (Hannover), bringt das Thema immer wieder zur Sprache. Die württembergische Landessynode wies im November 2005 nochmals in einer Erklärung darauf hin: »Abtreibung bedeutet Tötung eines Menschen.« Der Thüringer Landesbischof Christoph Kähler (Eisenach) nannte im Herbst 2004 die Vorstellung, dass es einen Rechtsanspruch auf Abtreibung gebe, »abstrus«. Der Bischof der Evangelischen

Kirche von Kurhessen-Waldeck, Martin Hein (Kassel), forderte 2001, die juristische Regelung von Abtreibungen zu überdenken. Das sind alles neue Töne, die einen Stimmungsumschwung andeuten. Denn die EKD hat eine Liberalisierung der Abtreibung in den 70er Jahren eher begrüßt. Die Evangelische Akademie in Bad Boll (Württemberg) hatte sich im Januar 1971 für eine Tagung missbrauchen lassen, die der freien Tötung Ungeborener das Wort redete und beim Stim-



ARCHIV

Bischöfin Gudrun Lindner

mungswechsel unter Politikern eine wichtige Rolle spielte. Jahrzehntlang galt es im Protestantismus und gilt es großteils bis heute als Tabu, den Paragraphen 218 zur Diskussion zu stellen.

PROFILIERTER PAPST

Die katholische Kirche war hier – sowohl als Weltkirche als auch im deutschen Gewand – immer profilierter. Die päpstlichen Schreiben sind von einer Klarheit geprägt, die Liberale irritiert und die dazu dienen kann, Verunsicherten wieder einen festen Standpunkt zu geben. Erinnerung sei an Papst Johannes Paul II. und seine 1995 erschienene Enzyklika »Evangelium vitae« (Frohe Botschaft des Lebens). Dort zieht er eine gerade Linie vom Arbeitnehmerschutz zum Lebensschutz: »Wie es vor einem Jahrhundert die Arbeiterklasse war, die in ihren fundamentalsten Rechten unterdrückt und von der Kirche mit großem Mut in Schutz genommen wurde, indem sie die heiligen Rechte der Person des Arbeiters herausstellte, so weiß sie sich jetzt, wo eine andere Kategorie von Personen in ihren grundlegenden Lebensrechten unterdrückt wird, verpflichtet, mit unvermindertem Mut den Stimmlo-

sen Stimme zu sein.« Der Text erschien in dem Jahr, als der Deutsche Bundestag mit überwältigender Mehrheit (auch von christdemokratischen Abgeordneten) die Abtreibung in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten praktisch völlig freigegeben hat. Johannes Paul II. ordnete das Übel ein, indem er Abtreibung in einem Atemzug mit Mord, Völkermord, Euthanasie und freiwilligem Selbstmord nannte und sie als »Widerspruch gegen die Ehre des Schöpfers« brandmarkte. Sprachlich milder, inhaltlich dennoch klar haben auch die deutschen katholischen Bischöfe immer wieder für einen besseren Lebensschutz argumentiert – etwa in Hirtenbriefen vor Bundestagswahlen.

KEIN NEIN ZUM SCHEIN

Mit so viel Klarheit tut sich allerdings der Katholizismus in Deutschland schwer. Hier fühlt man sich letztlich doch mehr der politischen Korrektheit verpflichtet und vermeidet es, die Schärfe lehrantli-

INFORMATION

Evangelium vitae (Auszug)

»Selbst in Schwierigkeiten und Unsicherheiten vermag jeder Mensch, der in ehrlicher Weise für die Wahrheit und das Gute offen ist, im Licht der Vernunft und nicht ohne den geheimnisvollen Einfluss der Gnade im ins Herz geschriebenen Naturgesetz (vgl. Röm 2, 14-15) den heiligen Wert des menschlichen Lebens vom ersten Augenblick bis zu seinem Ende zu erkennen und das Recht jedes Menschen zu bejahen, dass dieses sein wichtigstes Gut in höchstem Maße geachtet werde. Auf der Anerkennung dieses Rechtes beruht das menschliche Zusammenleben und das politische Gemeinwesen.«

cher Positionen in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Zumal in politisch besetzten Kirchengremien wie dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) die Protagonisten lebensfeindlicher Gesetze ja mit am Tisch sitzen und schon von daher außerstande sind, als Transmissionsriemen für die vom Papst geforderte Kultur des Lebens zu dienen. Aus diesen Reihen formierte sich denn auch der Widerstand gegen den vom Papst geforderten Verzicht auf die Ausstellung von Beratungsscheinen für Frauen im Schwangerschaftskonflikt. Die Scheine, die von Kritikern als »Lizenz zum Töten« bezeichnet werden, weil ihr einziger Zweck die Herstellung von Straffreiheit

im Falle der Abtreibung ist, kommen nun aus dem Hause der katholischen Initiative »Donum vitae« (Geschenk des Lebens).

WARUM PROMINENTE KONVERTIEREN

Zweifellos hat trotz dieser Wirrungen die katholische Kirche in all den Jahren das klarere Profil bewahrt. Eine Straßen-

Deutschland tatsächlich, gegen die in Stellungnahmen kritisierte Abtreibung vorzugehen? Wie wichtig einem eine Sache ist, läßt sich in der Regel an zwei Indikatoren ablesen: Zeit und Geld. Bei beiden Indikatoren sieht es noch schlecht aus. Weder macht man die massenhafte Tötung zu einem Sonderthema auf Synoden, noch führt sie zu massiver Intervention beim

nicht los, dass die entscheidenden Amtsträger in den Kirchen die Dimension der Abtreibung nicht verstanden haben, bzw. nicht verstehen wollen. Man stelle sich vor, es würden jährlich in Deutschland nicht 200.000 wehrlose Kinder getötet, sondern 200.000 Ausländer erschlagen. Kaum denkbar, dass sich die Kirchen dann mit ein paar schlichten Stellungnahmen und Enzyklika-Zitaten zufrieden gäben. Sie würden Sturm laufen gegen diesen massiven Angriff auf das Leben. Bei den Ungeborenen entfachen sie kaum einen Wind.

Daran wird sich möglicherweise auch nichts ändern, solange die Kirchen sich von der Lebensrechtsbewegung so distanziert halten. Bislang hat es praktisch keine offiziellen Begegnungen, Empfänge, Treffen gegeben. Doch es zeigen sich Hoffnungszeichen. Auf katholischer Seite haben in den vergangenen zwölf Monaten zwei Bischöfe die Distanzierung aufgegeben: Heinz



Pressekonferenz mit Bischof Huber und Kardinal Lehmann zu Beginn der »Woche für das Leben« im Jahr 2005.

umfrage würde mit Sicherheit ergeben, dass der Durchschnittsdeutsche viel eher sagen kann, wie die katholische Kirche über Abtreibung denkt, als erklären zu können, was bei diesem Thema die evangelische Position ist. Interessanterweise hat gerade die jahrzehntelange Profillosigkeit der evangelischen Kirche in der Abtreibungsfrage prominente Mitglieder zu Konvertiten werden lassen. Dazu gehören der Gründer der Europäischen Ärzteaktion, Siegfried Ernst, der auch Alterspräsident der württembergischen Landessynode war; die kürzlich verstorbene Schriftstellerin Karin Struck; die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin Christa Meves, die früher der EKD-Synode angehörte. Die Gründe für diese Konversionen waren sicher vielschichtiger – doch das kompromisslose katholische Ja zum Lebensrecht Ungeborener war bei allen eines der Hauptargumente für den Konfessionswechsel. Andererseits hat die katholische Kirche in Deutschland – im Unterschied zu den USA – nicht die Federführung in der Pro-Life-Bewegung übernommen. Die liegt nach wie vor bei ehrenamtlich engagierten Katholiken und Protestanten.

ZEIT UND GELD FÜR LEBENSSCHUTZ?

Wie wichtig ist es nun aber der evangelischen und katholischen Kirche in

Staat. Und außer bei der »Woche für das Leben« – die zwar ein bißchen an der Bewußtseinschraube dreht, in den politischen Konsequenzen aber absolut konturlos bleibt – investieren die Kirchen auch kaum in die Öffentlichkeitsarbeit. Vergleicht man ihr Engagement in Sachen Lebensschutz mit dem berechtigten und wichtigen Einsatz für Asylbewerber oder Behinderte, so wird man den Verdacht

Josef Algermissen (Fulda) trat vor einem Jahr beim Jahreskongress der ALfA als Referent bei einer Podiumsdiskussion auf (und hat in diesem Jahr sogar die Schirmherrschaft übernommen); Walter Mixa (Augsburg) hielt im Mai 2006 in Köln bei der Juristenvereinigung Lebensrecht ein Hauptreferat. Beide Auftritte sind wichtige Signale der Annäherung, die möglicherweise in ein paar Jahren zu einem Schulterschluss führen werden.

INFORMATION

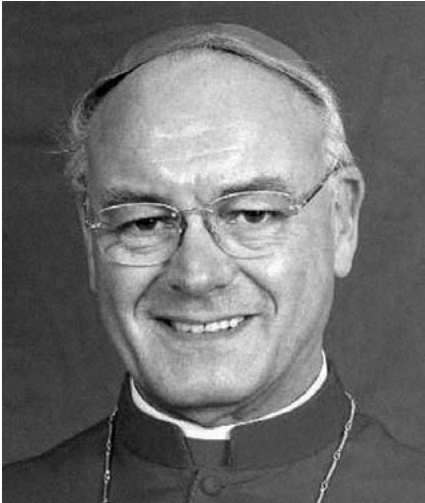
»Gott ist ein Freund des Lebens«

»Schwangerschaftsabbruch soll nach Gottes Willen nicht sein. Mit diesem Satz erinnern wir an den unbedingten Anspruch des Gebotes Gottes, das jede vorsätzliche Tötung eines Mitmenschen, also auch die Tötung eines ungeborenen Kindes ausschließen will. (...).«

»Das Recht auf Selbstbestimmung ist Teil der menschlichen Würde und fordert darum unser Eintreten für eine fortschreitende Befreiung des Menschen aus Unmündigkeit und Fremdbestimmung. Selbstbestimmung findet aber ihre Grenze am Lebensrecht des anderen. Wer sie für sich selbst fordert, muß sie auch dem anderen zuerkennen. Darum kann das Selbstbestimmungsrecht der Frau keine Verfügung über das in ihr heranwachsende Leben begründen.«

EVANGELIKALE: ENGAGIERT FÜR DAS LEBEN

Mit einem wichtigen Teil des Protestantismus hat dieser Schulterschluss längst stattgefunden – mit den Evangelikalen. Genauer: Die Evangelikalen waren von Anfang an eine tragende Säule im Kampf für den Lebensschutz. Von diesen theologisch Konservativen, die sich mit der Deutschen Evangelischen Allianz verbunden wissen, gibt es rund 1,3 Millionen in Deutschland. Sie stellen selbst keine Kirche dar, sondern sind ein loser Zusammenschluss von Christen aus evangelischen Landes- und Freikirchen. Der Generalsekretär der Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb (Stuttgart), leitet das Treffen Christlicher Lebensgruppen (TCLG), war Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Lebensrecht (aus der der Bundesverband Lebensrecht hervorgegangen



Bischof Heinz Josef Algermissen

ist) und hat sich in Stellungnahmen, Gesprächen mit Politikern und zahllosen Initiativen für die Kultur des Lebens stark gemacht. Auch hat er – bis heute im Gegensatz zu führenden Vertretern der Landeskirchen – die katholische Kirche in ihrem Nein zum Beratungsschein unterstützt. In diesem Punkt ist die EKD samt ihren eher konservativen Synodenmitgliedern erstaunlich unsensibel geblieben. Ein möglicher Schulterschluss mit den katholischen Bistümern beim Nein zum Schein ist praktisch in keinem Gremium auch nur ernsthaft diskutiert worden.

FRAGWÜRDIGE THEOLOGIE

Beunruhigend ist auch eine kleine Personalie: Die württembergische Pfarrerin Christiane Kohler-Weiß, die eine Doktorarbeit unter dem Titel »Schutz der Menschwerdung. Schwangerschaft und Schwangerschaftskonflikt« verfasst hat, wird von namhaften EKD-Repräsentanten der Öffentlichkeit geradezu als ideale Vertreterin einer protestantischen Position zum Thema Abtreibung verkauft. Vor zwei Jahren bekam sie für ihre Promotionsschrift den »Hanna-Jursch-Preis« des Rats der EKD. Bischof Wolfgang Huber nahm die Arbeit in seine Buchreihe »Öffentliche Theologie« auf, und bei der jüngsten Tagung der Juristenvereinigung Lebensrecht lobte der Vorsitzende der EKD-Kammer für Öffentliche Verantwortung, Prof. Wilfried Härle (Heidelberg), ihre »Theologie der Schwangerschaft« als bahnbrechende

Schrift. Das ist um so erschütternder, als bereits der Titel der Arbeit mit dem Begriff »Menschwerdung« der auch von den Kirchen vertretenen Auffassung widerspricht, dass der Mensch im Mutterleib nicht »wird«, sondern schon Mensch ist und nur noch wächst. Die körperlichen und seelischen Folgeschäden von Abtreibungen werden von der Autorin kaum einbezogen, die Positionen anderer Konfessionen ignoriert. Und schließlich antwortete die Pfarrerin im Interview mit dem Magazin »chrison« auf die Frage, ob eine Christin (!) abtreiben dürfe: »Ja. Wenn sie sich nicht in der Lage sieht, das Kind anzunehmen und dieses Kind zu gebären, dann darf sie das. Aber sie sollte es begründen.« Dass diese armselige Ethik in EKD-Kreisen nicht zur Korrektur, sondern zur Karriere innerhalb der evangelischen Theologie führt, zeigt, dass

Bonhoeffer Abtreibung als Mord bezeichnete und damit eine hochaktuelle Botschaft für die Gegenwart hat – das wurde in den Gedenkveranstaltungen nicht erwähnt. So kann die Tugend des Erinnerns leicht in die Untugend des Verdrängens entarten. Lieber spricht man über die Sünden der Väter als über das Unrecht der Gegenwart. Von Bonhoeffer ist aus der Zeit des schlimmsten Antisemitismus das Zitat überliefert: »Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen.« Auf heute übertragen heißt das: Nur wer für die Ungeborenen schreit, darf die Messe feiern und fröhliche Kirchentage bzw. Katholikentage begehen. Die Kirchen in Deutschland schreien nicht; sie flüstern noch; aber ihre Stimme ist in den vergangenen Monaten hörbar lauter geworden. Die Hoffnung scheint nicht unbegründet, dass daraus in abseh-



Bischof Walter Mixa, Prof. Wilfried Härle, Bernward Büchner, Prof. Manfred Spieker (v.r.n.l.).

man seine Skepsis gegenüber der evangelischen Kirche als Bündnispartner im Kampf für den Lebensschutz nicht vor-schnell ablegen sollte.

VON BONHOEFFER LERNEN

Im vergangenen Februar gedachten Protestanten – und mit ihnen viele Katholiken – des evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer, der vor 100 Jahren geboren wurde und am 9. April 1945 im Konzentrationslager Flossenbürg von den Nationalsozialisten wegen seines Widerstandskampfes hingerichtet wurde. Gerühmt wurde seine Theologie sowie sein Mut, im Kampf gegen das Unrecht das eigene Leben aufs Spiel zu setzen. Dass

barer Zeit ein unüberhörbarer Protest gegen das Unrecht wird.

IM PORTRAIT

Marcus Mockler

Marcus Mockler (St. Johann bei Reutlingen) ist Reporter der Evangelischen Nachrichtenagentur idea (Wetzlar). Zu seinen Themenschwerpunkten gehören Familie und Lebensschutz. Der Autor ist verheiratet und Vater von acht Kindern.

